

Antrag des Senats betreffend die Bereit-
stellung von weiteren Mitteln für die
durch den Krieg erwachsenden Ausgaben.

Der Senat beantragt: 1. daß zur Be-
reitstellung von aus dem Kriegsverhältnis er-
wachsenden außerordentlichen Ausgaben eine
weitere Summe von 10 000 000 Mk. be-
willigt und nachträglich in den Haushalts-
plan der Finanzdeputation eingestellt werde;
2. daß über die Verwendung einzelner Be-
träge aus der bewilligten Summe der Senat
im Einvernehmen mit der von der Bürger-
schaft eingesetzten Kommission von zehn
bürgerchaftlichen Vertrauensmännern Be-
stimmung treffe.

Curt Platen (B. L.):

Wir haben uns bisher wenig mit den ham-
burgischen Verhältnissen in bezug auf die Lebens-
mittelfrage beschäftigt können. Jetzt scheint die
Zeit aber gekommen, uns genauer darüber aus-
zulassen.

Zu befragen ist die Einrichtung von Preis-
prüfungsstellen, die die neue Bundesratsverord-
nung vorsieht. Eine solche Prüfung ist durchaus
notwendig. Wir können ja nicht damit rechnen,
daß die hohen Preise nach dem Kriege sofort auf-

hören werden. Die heutige Preisbildung ist un-
natürlich. Sehr vielfach ist unsozial dabei vor-
gegangen, z. B. beim Brot. Es ist dem Handel
der Vorwurf gemacht worden, daß er sich be-
reichert habe. Ich glaube nicht, daß das für Ham-
burg stimmt; der reelle hamburgische Handel hat
sich direkt ein Verdienst um das Vaterland er-
worben. Aber Vaterlandsverräter sind die Schie-
ber, die Warenwucherer; sie sollten überall an den
Branger gestellt werden. Es ist unerhört, wenn
eine Kornhauslager-Gesellschaft ihre Mitglieder
aufgefordert hat, vorläufig nichts zu verkaufen.
Die Trübsalbildung ist weit gegangen. Vielfach ist
Ware zurückgehalten worden, um die Preise zu
steigern, vielleicht von Leuten, die sich noch ihres
Patriotismus rühmen.

Der Bundesrat will auch Versorgungsgesell-
schaften gründen. Das ist ein Schritt, den als
obligatorisch zu bezeichnen der Bundesrat sich
bisher leider geschaut hat. Da meinen wir,
daß unsere Behörden es sich eifrig überlegen,
ob solche Gesellschaften nicht auch bei uns zu
schaffen sind. Gerade die Preise auf dem Lebens-
mittelmart zwingen uns zu solchen weitergehen-
den Schritten. Wie viel Obst ist zum Beispiel ge-
wachsen, aber sehen Sie sich doch einmal die
Preise dafür an! Beim Kohl liegt es ebenso,
und für Butter sollen wir im Winter ja sogar
4 Mark für das Pfund zahlen. Auch an den
Milchpreisen dürfen wir nicht achlos vorüber-
gehen. Berlin hat den Zwischenhandel auf seinem
Markt völlig ausgeschaltet; auf seinem Gemüse-
markt kann die Ware zu der Hälfte des Preises
abgegeben werden wie auf anderen Märkten, die
nicht städtisch sind. Auch die Kartoffelpreise ent-
sprechen dem Produktionswerte nicht. Es ist be-
dauerlich, daß der Bundesrat vorläufig keine Ent-
scheidung durchzuführen will. Die Beschlagnahme ist
wohl möglich.

Der Landwirtschaft ist zum Teil der Vor-
wurf zu machen, daß sie sich schwer von der Ware
trennt und dadurch die Preise in die Höhe treibt.

Von der Deputation für Handel und Schif-
fahrt möchten wir bald erfahren, ob nicht bald
eine Heraushebung der Protration möglich ist.
Andere Städte haben auch auf dem Lebensmittelmart
wohlthätig eingegriffen, z. B. Bremen, wo
die Preise staatlich beeinflusst werden. Auch die
Milchversorgung haben manche Städte selbst in
die Hand genommen. Dort sind zum Teil viel-
leicht andere, aber ungünstigere Verhältnisse als
bei uns. Es läßt sich bei uns noch viel mehr tun,
und es muß mehr geschehen, denn die Bevölke-
rung leidet sehr unter der Teuerung. Wir müssen
diese Uebergangszeit der Bevölkerung leicht
machen. Sie kann sich nicht selbst helfen. Es
herrscht in der Bevölkerung sehr viel unter Wille.
Ihr ist zum Beispiel vielfach ein Brot geliefert
worden, das einen Hund jammern kann. Sie
erträgt alles, aber dann muß auch geprüft werden,
wie man ihr die Lebenshaltung erleichtern kann.

Stolten (S.):

Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen,
da in der Deffentlichkeit jetzt nicht alles gesagt
werden kann. Es gibt auf diesem Gebiet Er-
scheinungen, die einfach zurückzuführen sind auf
unsere Abgeschlossenheit vom Ausland. So-
wohl von den Reichs- wie von den Lokal-
behörden ist aber nicht alles getan, was hätte
getan werden müssen. Den Appell Platens an
die hamburgischen Behörden, alles zu tun,
was möglich ist gegen die Teuerung, möchte
ich unterstützen. Es ist da noch viel zu tun.
Die neuen Handhaben des Bundesrats sollten
auch hier nach Möglichkeit benutzt werden. Den
Wucherern gegenüber sollte einmal ein ordent-
liches Exempel statuiert werden.

Ich möchte die Unterstützung der Familien-
angehörigen unserer Krieger besonders be-
sprechen. Trotz der Unterstützungen, die bezahlt
werden, ist die Not in diesen Kreisen groß.
Die Lebensmittelpreise sind mindestens um
50 Prozent gestiegen, und dazu kommt, daß
die Ersparnisse, die vielleicht noch vorhanden
waren, jetzt aufgebraucht sind. Es ist anzu-
erkennen, daß Hamburg mit seinen Unter-
stützungsfähigen in erster Linie gestanden hat und
teilweise noch steht, aber was damals eben
ausreichte, reicht heute absolut nicht mehr aus.
Deshalb haben wir die Pflicht, mehr zu tun
als bisher. Eine ganze Reihe von Städten
hat die Unterstützung schon erhöht, und wir
müssen das auch tun. Das Reich soll ja auch
die Absicht haben, vom 1. November an eine
Erhöhung der Unterstützung eintreten zu lassen;
es folgt damit nur den schon im August aus-
gesprochenen Wünschen des Reichstags. Daß
die Normalhöhe des Reichs aber nur bemessen
sind für Verhältnisse in kleinen Gemeinden,
darüber sind wir uns ja von Anfang an klar
gewesen. Ich lege also dem Senat aus Herz,
dieser Frage recht bald nahezutreten und den
Hoffnungen keine Enttäuschungen zu bereiten.
(Bravo!)

J. Rohde (L.):

Die beiden von den Vorrednern ange-
sprochenen Fragen stehen in engem Zusammen-
hang. Auf Einzelheiten in bezug auf die
Lebensmittelpreise will ich mich auch nicht
einlassen. Aber ich möchte hierbei erklären, daß
diese Fragen in der Kriegsvertrauenskommission
schon lange besprochen sind. In der morgigen
Sitzung der Kommission wird der Senat ihr
über diese Fragen Auskunft geben. In der Be-
handlung der Lebensmittelfragen in der Deffent-
lichkeit muß man sehr vorsichtig sein, da die
Feinde die Erörterung absichtlich falsch auf-
fassen und uns einen Strich daraus drehen.
Was hier aber nicht besprochen werden kann,
wird in der Kommission eifrig besprochen und
auch in der Kommission mit dem Senat. Aller-
dings hat der Senat uns anfangs sozusagen er-
klärt, wir hätten nur die Gelder zu bewilligen,
aber wir haben ihm sagen lassen, daß das
nicht richtig sei. Wir befinden uns da sicher
mit Ihnen im Einverständnis. (Sehr richtig!)
Der Senat hat uns denn auch bisher alle er-
betenen Auskünfte gegeben.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Familien
der Kriegsteilnehmer auskömmlich unterstützt
werden, wenn deren Bedürftigkeit festgestellt ist,
damit die Männer das Bewußtsein haben, ihre
Familien brauchen nicht Not zu leiden. Eine
sehr wesentliche Unterstützung bekommt manche
Familie ja erfreulicherweise von vielen Arbeit-
gebern. Nun sagt Herr Stolten, es müsse eine
Erhöhung eintreten. Wir müssen aber auch mit
den vorhandenen finanziellen Mitteln rechnen.
Wir unterstützen 89 000 Familien monatlich mit
4 200 000 Mk.; davon erhalten wir vom Reich
im allergünstigsten Falle ein Drittel zurück-
bezahlt; dabei erhöhen sich diese Zahlen noch
ständig. Etwas vorsichtig müssen wir also sein.

Bei den Lebensmittelpreisen muß selbst-
verständlich etwas Durchgreifendes geschehen.
Es werden Preise gefordert, die unter keinen
Umständen gerechtfertigt sind. Unserer Bevölke-
rung darf das Geld nicht so aus der Tasche
gezogen werden. (Bravo!)